



## Niederschrift Öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Mittwoch, 14.04.2004
<b>Sitzungsbeginn:</b>	17:30 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	21:45 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Hegelallee , Haus 9, Raum 107

---

### Anwesend sind:

Frau Drohla, Hella		
Frau Klotz, Ursula	PDS	
Herr Dr. Steinicke, Alexander	PDS	Leitung der Sitzung
Herr Dr. Jeschke, Dieter	SPD	
Herr Kümmel, Harald	SPD	Teilnahme für Frau Wicklein
Herr Bretz, Steeven	CDU	
Frau Paulsen, Bettina	CDU	Teilnahme für Frau Lehmann
Frau Dr. Lotz, Brigitte	Grüne/B90	
Herr Gohlke, Dieter	FAMILIEN-PARTEI	
Frau Dr. Falticzka, Karla	PDS	
Herr Klamke, Volker	SPD	
Herr Stief, Norbert	SPD	
Frau Fischer, Gabriele Beigeordnete		
Herr Ofcsarik, Karl		

### Nicht anwesend sind:

Frau Wicklein, Andrea	SPD	Entschuldigt
Frau Lehmann, Sieglinde	CDU	Entschuldigt
Herr Dr. Bubel, Detlef	FAMILIEN-PARTEI	Entschuldigt
Frau Gülzow, Christine	Grüne/B90	Entschuldigt
Frau Lutz, Patricia	CDU	Unentschuldigt
Herr Reichel, Jörg-Alexander	CDU	Entschuldigt
Herr Rieger, Peter	PDS	Unentschuldigt
Herr Till, Juri	PDS	Unentschuldigt
Herr Bogel-Meyhöfer Staatl. Schulamnt		Entschuldigt

### **Tagesordnung:**

#### Öffentlicher Teil

- 1 Protokollbestätigung und Beschlusskontrolle der 3. Sitzung, Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Überweisungen aus der SVV
  - 2.1 Musikschulengebühr  
Vorlage: 04/SVV/0158

- Fraktion BürgerBündnis
- 2.2 Erhalt der unabhängigen Beratungsstelle Weiterbildungs-Info-Laden-Weila-in der Landeshauptstadt Potsdam  
Vorlage: 04/SVV/0288  
Fraktion SPD
- 2.3 Schulwegsicherung Waldsiedlung Groß Glienicke  
Vorlage: 04/SVV/0201  
Fraktion PDS
- 2.4 Budgetverantwortung für Schulen  
Vorlage: 04/SVV/0224  
Fraktion CDU
- 2.5 Effizienzreserven Verwaltungsbereich Jugendamt und Sport  
Vorlage: 04/SVV/0257  
Fraktion CDU
- 2.6 Montessori-Gesamtschule  
Vorlage: 04/SVV/0266  
Fraktion Grüne / B90 (neue Fassung; Punkt 1 hat sich erledigt)
- 2.7 Bonussystem für Schulabgänger  
Vorlage: 04/SVV/0280  
Stadtverordneter Utting, Fraktion FAMILIEN-PARTEI
- 2.8 Schaffung von Horträumen an der Bruno – H. – Bürgel - Schule (Schule 16) in Babelsberg  
Vorlage: 04/SVV/0287  
Fraktion SPD
- 2.9 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2004  
Vorlage: 04/SVV/0171  
Oberbürgermeister, FB Beteiligungs-, Finanz- und Personalsteuerung
- 2.10 Beschluss über das fortgeschriebene Haushaltssicherungskonzept  
Vorlage: 04/SVV/0173  
Oberbürgermeister, FB Beteiligungs-, Finanz- und Personalsteuerung
- 2.11 Finanzplan und Investitionsprogramm 2003 - 2007  
Vorlage: 04/SVV/0174  
Oberbürgermeister, FB Beteiligungs-, Finanz- und Personalsteuerung
- 3 Sonstiges
- 3.1 Gemeinsame Sitzung mit Stadtentwicklungsausschuss
- 3.2 Gemeinsame Sitzung mit Jugendhilfeausschuss
- 3.3 Bericht zum Stand Übergang in Klasse 7

## **Protokoll:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1 Protokollbestätigung und Beschlusskontrolle der 3. Sitzung, Bestätigung der Tagesordnung**

Zu Beginn der Sitzung sind 9 Ausschussmitglieder anwesend. Es wird Beschlussfähigkeit festgestellt. Die Ausschussmitglieder stimmen dem Protokoll der 3. Sitzung in der vorliegenden Fassung zu. Aus der Beschlusskontrolle ergeben sich keine Probleme. **Dr. Stei-**

**nicke** verweist in diesem Zusammenhang auf den gefassten Beschluss zur Einrichtung einer Haushaltsstelle für die Arbeit der AG Spina bifida (TOP 2, Protokoll vom 17.03.2004). Er bittet um Ergänzung der heutigen Tagesordnung um die Punkte 3.2 und 3.3. Durch die Beigeordneten der Geschäftsbereiche 2 und 3 wurde der Vorschlag unterbreitet die Punkte 2.7 und 2.10 der Tagesordnung laut Einladung in einer gemeinsamen Sitzung Jugendhilfeausschuss/Ausschuss Bildung und Sport zu behandeln. **Dr. Steinicke** erachtet es als sinnvoll, die Punkte in der heutigen Sitzung zu behandeln und die Tendenz der Diskussion zu sehen.

**Dr. Jeschke** bittet darum, TOP 2.11 laut Einladung als TOP 2.2 vorzuziehen. Desweiteren schlägt er vor, die Behandlung der DS 0171, 0173 und 0174 an das Ende der Überweisungen aus der SVV zu stellen.

**Dr. Steinicke** lässt diesen Vorschlag abstimmen: 4 Stimmen dafür, 2 Stimmen dagegen.

**Herr Gohlke** bittet, die Behandlung der DS 04/SVV/0280 auf die nächste Sitzung am 19.05.2004 zurückzustellen, da sich neue Gesichtspunkte ergeben könnten. Die Ausschussmitglieder sind mehrheitlich damit einverstanden.

**Beschlusstext:**

Der Ausschuss für Bildung und Sport stimmt dem Protokoll der 3. Sitzung vom 17.03.2004 in der vorliegenden Fassung zu.

**Beschlusstext:**

Der Ausschuss für Bildung und Sport verständigt sich zu einer veränderten Tagesordnung gegenüber der mit der Einladung ausgereichten.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung : 5  
Ablehnung: 0  
Enthaltung: 4

**Abstimmungsergebnis:**

mehrheitlich dafür

zu 2  
zu 2.1

**Überweisungen aus der SVV**

**Musikschulengebühr**

**Vorlage: 04/SVV/0158**

**Frau Fischer** informiert, dass die Verwaltung den Antrag ablehnen würde.

**Prof Dr. Thiel** verweist auf die bestehenden Möglichkeiten der Geschwisterermäßigung und der Ermäßigungsmodalitäten gem. § 6 der bestehenden Gebührensatzung und erläutert die Ablehnungsgründe für den Antrag.

Das Fehlen der gesetzlichen Grundlage würde zu einem Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz führen. Dazu verweist er auf ein vorliegendes Rechtsgutachten der Stadt Frankfurt/Oder.

Zur Einkommensermittlung wäre ein extrem hoher Verwaltungsaufwand erforderlich. Die Bürger müssten ihr Einkommen im Schuljahresrhythmus vorlegen. Bei der dominierenden Geschwisterermäßigung ist die Darlegung der Einkommensverhältnisse nicht erforderlich. Zu befürchten wären auch starke Einnahmeeinbrüche. Erfahrungen der Musikschule Strausberg zeigen, dass es zu Einnahmeeinbrüchen bei 18 bis 25 jährigen Schülern kommt, die dann als einkommenslos angemeldet werden. Bisher bezahlen die Eltern den Regelsatz weiter. Was mit dem vorliegenden Antrag angestrebt wird, ist durch die bestehenden Ermäßigungsparagrafen der Gebührensatzung realisiert.

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

**Beschlusstext:**

In der nächsten Satzung der Musikschule Potsdam soll festgelegt werden, dass

die Beiträge für die musikalische Ausbildung und Unterrichtung von Kindern, abhängig vom Einkommen ihrer Eltern festgesetzt wird.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung : 0

Ablehnung: 8

Enthaltung: 1

Antrag mit Stimmenmehrheit abgelehnt

**zu 2.2 Erhalt der unabhängigen Beratungsstelle Weiterbildungs-Info-Laden-Weila-  
in der Landeshauptstadt Potsdam**

**Vorlage: 04/SVV/0288**

**Dr. Jeschke** bringt den Antrag ein, begründet den Bedarf der Beratungsstelle und legt Wert darauf, dass die Beratungsstelle weiterhin trägerunabhängig existiert.

**Frau Fischer** erläutert, dass durch die gebildete AG bereits verschiedene Wege geprüft werden.

**Dr. Jeschke** meint, wenn das Prüfergebnis vorliegt, sei es zu spät. Die Trägerunabhängigkeit müsste vom Ausschuss beschlossen werden.

**Herr Bretz** stellt den **Geschäftsordnungsantrag**: Abstimmung der DS 04/SVV/0288.

Wie mit dem Prüfergebnis umgegangen wird, muss die Prüfung zeigen.

**Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages**: 7 Stimmen dafür

**Beschlusstext:**

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, welche Möglichkeiten zum Erhalt einer unabhängigen Beratungsstelle für Weiterbildung der Bürgerinnen und Bürger in der Stadt Potsdam und im Landkreis Potsdam-Mittelmark bestehen.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung : 8

Ablehnung: 0

Enthaltung: 1

Antrag mit Stimmenmehrheit zugestimmt

**zu 2.3 Schulwegsicherung Waldsiedlung Groß Glienicke**

**Vorlage: 04/SVV/0201**

**Dr. Steinicke** bringt den Antrag ein.

**Frau Fischer** empfiehlt den Antrag abzulehnen.

**Herr Ofcsarik** trägt die Begründung der Verwaltung vor. Die Straße befindet sich in einem extrem schlechten Bauzustand. Er verweist auf die Stellungnahme des Geschäftsbereiches 4 zum vorliegenden Antrag. Nach ersten Kosteneinschätzungen wären ca. 3.2 Mio EUR erforderlich, was die Überlegung zur Folge hätte, welche Priorität der Antrag in der Haushaltsdiskussion erhält. Zu den Schülerfahrtkosten gibt es keine Ausnahmeregelung. Mit der Eingemeindung gilt für Groß Glienicke die Satzung der Stadt Potsdam. Von 293 Schülern der Realschule Groß Glienicke sind 82 aus der Stadt Potsdam. 211 kommen aus dem Landkreis Potsdam-Mittelmark oder Berlin. Für 82 Schüler würden monatlich Kosten in Höhe von 2.000 EUR entstehen, für die eine Deckungsquelle erforderlich wäre.

**Herr Bretz** sieht Handlungsbedarf zum ersten Teil des Antrages. Bei den Fahrtkosten fehlt ihm die Kausalkette.

**Frau Drohla** erläutert, dass die Fahrtkosten bisher der Landkreis als Träger der Schülerbeförderung getragen hat. Nach der Eingemeindung fällt diese Erstattung weg.

**Frau Paulsen** fragt, ob es durch die Gemeinde Groß Glienicke vor der Eingemeindung einen Ansatz gab, den Schulweg zu verbessern. Ansonsten wäre der Antrag eine Reaktion darauf, dass die Fahrtkosten selbst zu tragen sind. Für Investitionen sind Deckungsquellen nötig. Der Antrag müsste in eine andere Zeitschiene eingeordnet werden.

**Dr. Jeschke** ist den Schulweg abgefahren. Lehrer der Schule haben bestätigt, dass die Schüler seit Jahren mit dem Rad fahren. Unfälle gab es bisher nicht. Er sieht keine Grundlage für den Antrag, weil hohe Kosten für die Stadt anfallen würden. Die Schüler sind entsprechend der Satzung über die Schülerbeförderung der Stadt Potsdam zu behandeln.

**Frau Dr. Lotz** meint, die gleiche Forderung könnten andere Potsdamer Eltern stellen, wo der Schulweg schlecht ist. Sie schlägt vor den Straßenbau langfristig einzuplanen.

**Herr Bretz** befürchtet ebenfalls Folgewirkung auf andere Bereiche in der Stadt. Man sollte keine Ausnahmetatbestände schaffen. Dadurch wäre der Gleichheitsgrundsatz bei den Gebühren in Frage gestellt.

**Herr Ofcsarik** vermerkt, die Situation könne unbeherrschbar werden, da es im Stadtgebiet ähnlich schlechte Schulwege gibt, wie in Neu Fahrland oder Bornim.

**Frau Fischer** meint, der Antrag habe zwei Teile. Die Schulwegsicherung gehört in die längerfristige Diskussion. Wenn dem zweiten Teil gefolgt wird, gäbe es Ungleichbehandlung Potsdamer Bürger. Die Satzung Schülerfahrtkosten wurde erst Anfang des Jahres beschlossen und Groß Glienicke gehört zu Potsdam.

**Dr. Steinicke** lässt den Antrag in zwei Teilen abstimmen.

#### **Beschlusstext:**

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, unverzüglich die notwendigen Maßnahmen zur Sicherung des Schulweges zur Waldsiedlung im Ortsteil Groß Glienicke einzuleiten. Bis zur ausreichenden Sicherung des Schulweges werden für alle Schüler der Realschule/des Hortes Groß Glienicke die Fahrtkosten entsprechend der Ausnahmeregelung in der Schülerbeförderungssatzung erstattet.

#### **Abstimmungsergebnis 1. Satz:**

Zustimmung : 4  
Ablehnung: 5  
Enthaltung: 0 abgelehnt

#### **Abstimmungsergebnis 2. Satz:**

Zustimmung : 2  
Ablehnung : 6  
Enthaltung: 1 abgelehnt

Antrag in beiden Teilen abgelehnt

## **zu 2.4**

### **Budgetverantwortung für Schulen**

#### **Vorlage: 04/SVV/0224**

**Herr Bretz** bringt den Antrag ein. Ziel ist ein effizienter Einsatz von Geldern.

**Frau Fischer** informiert, dass Schulen der Stadt Potsdam seit 1997 in ausgewählten Gruppierungen des Verwaltungs- und Vermögenshaushaltes budgetiert werden. Diese Gruppierungen sind in zwei Deckungsringen zusammengefasst. Über die Verwendung dieser Mittel entscheiden die Schulen. Seit 2001 hat jede Schule einen Unterabschnitt.

**Frau Drohla** wünscht, dass das Geld im Dezember in das nächste Haushaltsjahr übertragen werden müsste.

**Herr Ofcsarik** informiert, dass dies das Haushaltsrecht nicht zulässt.

**Herr Stief** regt an, durch die Verwaltung zu prüfen, ob es möglich ist, unter bestimmten Bedingungen Haushaltsmittel von einem Jahr in das andere zu übertragen.

**Frau Fischer** schlägt vor, die Anregung von Herrn Stief in den Prüfauftrag aufzunehmen.

**Dr. Jeschke** stellt den **Geschäftsordnungsantrag**: Schluss der Rednerliste. Der Antrag sollte als Prüfauftrag weiterlaufen.

**Beschlusstext:**

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen im Rahmen einer Verwaltungsmodernisierung, insbesondere unter dem Gesichtspunkt der Einführung einer Kosten- und Leistungsrechnung, Schulen eine eigene Budgetverantwortung übertragen werden kann.

*Die Verwaltung prüft , ob es möglich ist, unter bestimmten Bedingungen Haushaltsmittel von einem Jahr in das andere zu übertragen.*

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung : 9 Stimmen dafür

Antrag mit Ergänzung eines weiteren Satzes einstimmig zugestimmt

**zu 2.5**

**Effizienzreserven Verwaltungsbereich Jugendamt und Sport**

**Vorlage: 04/SVV/0257**

**Herr Bretz** bringt den Antrag ein. Er bittet den Ausschuss sich zu dem Antrag zu positionieren ,um mit einem Votum in eine gemeinsame Sitzung mit dem Jugendhilfeausschuss zu gehen.

**Dr Steinicke** möchte keine endgültige Abstimmung, sondern die Diskussion in der gemeinsamen Sitzung abwarten.

**Frau Fischer** informiert, dass die Überlegung der Geschäftsbereiche 2 und 3 war, den Prüfauftrag in einer gemeinsamen Sitzung am 13.05.2004 meinungsbildend zu diskutieren und abzustimmen.

**Dr. Jeschke** spricht sich für sofortige Abstimmung aus.

**Herr Gohlke** hat nichts gegen die Prüfung einzuwenden. Kürzungen auf dem Umweg einer Effizienzsteigerung seinen jedoch mit seiner Fraktion nicht zu machen. Er könne dem Antrag folgen, wenn im ersten Satz hinter ...Aufgabenerfüllung wieder... das Wort **uneingeschränkt** eingefügt wird.

**Herr Bretz** ist bereit, das Wort *uneingeschränkt* in den Antrag zu übernehmen.

**Frau Dr. Lotz** hat ein Problem mit einer gemeinsamen Sitzung, wenn die Verwaltung vorher kein Arbeitsmaterial für die Ausschussmitglieder zur Verfügung stellt.

**Frau Fischer** schlägt vor, den Prüfauftrag anzunehmen. Die Verwaltung wird das Prüfergebnis zu einem späteren Zeitpunkt in einer gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport und des Jugendhilfeausschusses vorstellen.

**Beschlusstext:**

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu überprüfen, welche finanziellen Effizienzreserven durch eine engere verwaltungsseitige Verknüpfung zwischen den Verwaltungsbereichen Jugendamt und Sport freigesetzt und diesen Bereichen zur operativen Aufgabenerfüllung wieder *uneingeschränkt* zugeführt werden können.

Ziel des Prüfergebnisses sollte vor allem die Beantwortung der Kernfrage sein, in wieweit Jugendhilfe und Sportförderung durch eine engere Verzahnung im Hinblick auf Aufbau-, Ablaufstruktur und Förderstruktur optimiert und ergänzend wirken können.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung : 9 Stimmen dafür

Antrag mit Änderung einstimmig zugestimmt

## zu 2.6 **Montessori-Gesamtschule**

**Vorlage: 04/SVV/0266**

**Frau Dr. Lotz** bringt den Antrag in der neuen Fassung ein.

Die anschließende Diskussion bezieht sich auf Meinungsverschiedenheiten zur Aufstellung von Containern und damit verbunden die dauerhafte 3-Zügigkeit zu ermöglichen.

**Dr. Jeschke** stellt den Geschäftsordnungsantrag den Antrag zurückzustellen und im September zu behandeln, wenn Prüfergebnisse vorliegen.

**Frau Dr. Lotz** spricht gegen den Geschäftsordnungsantrag.

**Frau Fischer** verweist auf TOP 3 des Protokolls der Sitzung vom 17.03.2004, Seite 5. Dort wurde festgelegt, dass *bis spätestens Dezember 2004 ein Beschluss der SVV auf volle 3-Zügigkeit der Primarstufe herbeizuführen ist, wenn eine Finanzierbarkeit der Kapazitätserweiterung am Standort gesichert werden kann. Zu prüfen ist außerdem, ob an einem zweiten Grundschulstandort in Potsdam nach Montessori-Pädagogik unterrichtet werden könnte bzw. dieser als Filiale geführt werden könnte.*

**Dr. Steinicke** sieht den Antrag durch Verwaltungshandeln als erledigt an.

**Frau Dr. Lotz** möchte, dass der Ausschuss dem Antrag mit Verweis auf das Protokoll vom 17.03.2004 zustimmend zur Kenntnis nimmt.

**Frau Fischer** erklärt, dass dies, da die Containerfrage enthalten ist, nicht möglich ist.

### **Beschlusstext:**

Der Antrag 04/SVV/0266 ist durch Verwaltungshandeln erledigt (siehe Protokoll der 3. Sitzung am 17.03.2004, Seite 5, Behandlung TOP 3).

### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung : 6  
Ablehnung: 1  
Enthaltung: 2

## zu 2.7 **Bonussystem für Schulabgänger**

**Vorlage: 04/SVV/0280**

**Herr Gohlke** hat zu Beginn der Sitzung darum gebeten, die Behandlung des Antrages auf die Sitzung am 19.05.2004 zurückzustellen.

### **Beschlusstext:**

Die DS 04/SVV/0280 wird in der Sitzung am 19.05.2004 behandelt.

### **Abstimmungsergebnis:**

mehrheitlich zugestimmt

## zu 2.8 **Schaffung von Horträumen an der Bruno – H. – Bürgel - Schule (Schule 16) in Babelsberg**

**Vorlage: 04/SVV/0287**

**Dr. Jeschke** bringt den Antrag ein und verweist darauf, dass Verwaltung, Hort und AWO Gespräche führen müssten.

### **Beschlusstext:**

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob an der Grundschule 16 in Babelsberg die Voraussetzungen dafür zu schaffen sind, dass weitere 30 Plätze für Hortkinder entstehen können, um für diese Schule die Bedingungen für eine Dreizügigkeit in den nächsten Jahren zu garantieren.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung : 9 Stimmen dafür

Antrag einstimmig zugestimmt

**zu 2.9 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2004****Vorlage: 04/SVV/0171**

**Dr. Steinicke** verweist auf die in der Sitzung am 17.03.2004 eingebrachten Änderungsanträge. Die Errichtung einer Haushaltsstelle für die Arbeit der AG Spina bifida wurde beschlossen. Er bittet darum, den 2. Antrag zum Einnahmeposten „Sportstättennutzungsentgelte“ zu konkretisieren. Es stellt sich die Frage, wie hoch der einzustellende Betrag sein muss.

**Herr Kümmel** stellt den **Geschäftsordnungsantrag** im Ausschuss nicht über Anträge mit konkreten Zahlen abzustimmen, da die Fraktionen noch nicht abschließend zum Haushalt beraten haben.

**Dr. Steinicke** spricht gegen den Geschäftsordnungsantrag und verweist auf die Verfahrensweise in den Vorjahren.

**Herr Bretz** spricht für den Geschäftsordnungsantrag.

Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages: 5 Stimmen dafür (Stimmenmehrheit)

**Frau Fischer** stellt fest, dass es in den vergangenen Jahren ähnliche Situationen gab. Zu bestimmten Fragen sollte sich der Ausschuss jedoch positionieren. Für die nächste Haushaltsdiskussion wäre eine andere Handhabung wünschenswert.

In Bezug auf den Beschluss der SVV gegen die 35 Euro Pauschale verweist sie auf eine stattgefundene Arbeitsrunde zwischen Verwaltung, Landes- und Stadtsportbund und informiert über den bisherigen Arbeitsstand. Es wird eine Sportstättenkommission gebildet, um bestimmte Probleme anzugehen und gemeinsam Kompromissvorschläge zu finden. Es werden kostenminimierende Maßnahmen gesucht. Bis zur Haushaltsdiskussion im Mai werden jedoch noch keine verbindlichen Zahlen vorliegen.

**Frau Pichler** ergänzt die Informationen zu den Prüfungen einer effizienteren Nutzung der Turnhallen durch die Vereine. Die Vereine sind bereit sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten einzubringen.

**Herr Bretz** erklärt, dass der Sport ein Schwerpunkt in der Haushaltsdiskussion seiner Fraktion sein wird.

**Frau Fischer** schlägt vor, dass durch den FB Schule und Sport ein Arbeitsmaterial mit dem derzeitigen Kenntnisstand für die Diskussion in den Fraktionen zur Verfügung gestellt wird.

Es schließt sich eine kurze Diskussion an.

**Frau Fischer** bittet die Fraktionen sich zu Einzelfragen an die Fachbereichsleiter zu wenden, wenn dies für die Entscheidung in den Fraktionen notwendig ist.

**Beschlusstext:**

Die Haushaltssatzung der Stadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2004 mit Haushaltsplan und Anlagen wird beschlossen. Die Haushaltssatzung hat folgenden Wortlaut (siehe Anlagen).

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung : 0

Ablehnung: 0

Enthaltung: 9

wegen Stimmengleichheit

bei 9 Enthaltungen abgelehnt

**zu 2.10 Beschluss über das fortgeschriebene Haushaltssicherungskonzept  
Vorlage: 04/SVV/0173**

**Beschlusstext:**

Das fortgeschriebene Haushaltssicherungskonzept wird als Bestandteil des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2004 beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung : 0  
Ablehnung: 0 wegen Stimmengleichheit  
Enthaltung: 8 bei 8 Enthaltungen abgelehnt  
(Dr. Jeschke ist nicht im Raum)

**zu 2.11 Finanzplan und Investitionsprogramm 2003 - 2007  
Vorlage: 04/SVV/0174**

**Beschlusstext:**

1. Der vorliegende Investitionsplan für die Jahre 2003 bis 2007 wird als Richtlinie für die Investitionsplanung beschlossen. Der Festsetzungsbeschluss hat folgenden Wortlaut (siehe Anlage).

2. Die Finanzplanung für die Jahre 2003 bis 2007 wird zur Kenntnis genommen. Der Beschluss über die Kenntnisnahme hat folgenden Wortlaut (siehe Anlage).

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung : 0  
Ablehnung: 0 wegen Stimmengleichheit  
Enthaltung: 8 bei 8 Enthaltungen abgelehnt  
(Dr. Jeschke ist nicht im Raum)

**zu 3 Sonstiges**

**zu 3.1 Gemeinsame Sitzung mit Stadtentwicklungsausschuss**

**Dr. Steinicke** informiert, dass er von Dr. Seidel, Vorsitzender des Ausschusses für Stadtplanung und Bauen angesprochen wurde, dass es sinnvoll wäre zum Problem Campus Stern eine gemeinsame Sitzung der Ausschüsse Stadtplanung und Bauen, Bildung und Sport und Finanzen durchzuführen. Terminvorschlag 11.05.2004 ab 18.00 Uhr im Leibniz-Gymnasium.

**Beschlusstext:**

Am 11.05.2004 wird eine außerordentliche Sitzung, gemeinsam mit den Ausschüssen Stadtplanung und Bauen und Finanzen zum Thema Campus Stern durchgeführt.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung : 5  
Ablehnung: 0

**zu 3.2 Gemeinsame Sitzung mit Jugendhilfeausschuss**

Die Ausschussmitglieder verständigen sich dazu im September 2004 eine gemeinsame Sitzung mit dem Jugendhilfeausschuss vorzusehen.

Terminvorschlag: 23.09.2004, 16.30 Uhr

**Beschlusstext:**

Am 23.09.2004 wird eine außerordentliche Sitzung, gemeinsam mit dem Jugendhilfeausschuss durchgeführt.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung : 9 einstimmig

**zu 3.3 Bericht zum Stand Übergang in Klasse 7**

**Herr Ofcsarik** entschuldigt Herrn Bogel-Meyhöfer, der sich im Urlaub befindet. Laut

schriftlicher Information des Staatlichen Schulamtes werden am Espengrund-Gymnasium zum Schuljahr 2004/05 keine 7 Klassen eingerichtet. Es gab 7 Erst- und 2 Zweitwünsche. Von den übernachgefragten Gymnasien Humboldt, Helmholtz und Einstein sind noch 20 Zweitwünsche in der Stadt. Hinzu kommen die 9 Erst- und Zweitwünsche vom Espengrund-Gymnasium. Diesen 29 Bewerbern stehen noch 20 Plätze am Leibniz-Gymnasium und diverse Gymnasialplätze im Umland (Kleinmachnow, Michendorf, Werder) gegenüber.

An der Gesamtschule Fahrland gab es 9 Anmeldungen im Erstwunsch. Dementsprechend wird keine 7. Klasse eingerichtet. Probleme gibt es bei den Gesamtschulen 19 und 49, weil diese nur 1-Zügig angewählt wurden. Übernachtfrage gibt es in den Gesamtschulen 9 und 38. Hier werden den Eltern Angebote gemacht. Es bestünde die Möglichkeit eines vierten Zuges an der Goethe-Schule (21/31). Herr Bogel-Meyhöfer wird in der Mai-sitzung berichten.

**Herr Bretz** nimmt mit Bedauern zur Kenntnis, dass Herr Bogel-Meyhöfer heute nicht anwesend ist, weil er die Information zum Espengrund-Gymnasium aus der Presse entnehmen musste. Er hätte sich eine direkte Information gewünscht.